Pestizidinitiativen

swisscleantech unterstütz die Trinkwasserinitiative und lehnt die Pestizidverbotsinitiative ab

Einführung

Pflanzenschutzmittel werden in der landwirtschaftlichen Produktion breit eingesetzt. In der Schweiz werden über 2000 Tonnen pro Jahr verkauft, wobei Fungizide und Herbizide den grössten Teil ausmachen. Obwohl der Bundesrat per Gesetz Grenzwerte für Pflanzenschutzmittel definiert, werden diese häufig überschritten, sodass bereits heute beträchtliche Kosten und Schäden in der Trinkwasserversorgung, Gesundheit, Biodiversität und Klima entstehen. Gleichzeitig stammen 95% der Ammoniakemissionen aus der Landwirtschaft, 90% davon aus der Tierhaltung. Ammoniak versauert die Böden und belastet unser Gewässer und Trinkwasser. Die Schweizer Landwirtschaft verursacht zudem ca. 13% der Treibhausgasemissionen im Inland. 80% der Lachgas- und 83 % der Methanemissionen stammen aus der Landwirtschaft. Dafür ist hauptsächlich der Einsatz von Stickstoffdüngern auf den landwirtschaftlichen Nutzflächen verantwortlich.

Es besteht Handlungsbedarf, um die Landwirtschaft nachhaltiger zu gestalten. Deshalb wurden zwei Volksinitiativen eingereicht: die Trinkwasserinitiative und die Pestizidverbotsinitiative, wobei letztere deutlich restriktiver ist. Da sich in den vergangenen Monaten im Parlament kein tragfähiger, breitabgestützter und wirksamer Lösungsansatz zur nachhaltigeren Gestaltung der Landwirtschaft abgezeichnet hat, entschied sich swisscleantech, die Trinkwasserinitiative zu unterstützen.

Trinkwasserinitiative und Pestizidverbotsinitiative im Überblick

Trinkwasserinitiative	Pestizidverbotsinitiative
Die eidgenössische Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung - Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz» wurde 2018 von einem Komitee aus parteilosen Bürger*innen eingereicht. Zu den Unterstützenden gehören die Arbeitsgemeinschaft Wasserwerke Bodensee-Rhein, der Schweizerische Verein des Gas- und Wasserfaches (SVGW), die Stiftung	Die Initiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» wurde 2018 von der parteiunabhängigen Bürgerbewegung Future3.0 aus Neuenburg eingereicht. Sie geht deutlich weiter als die Trinkwasserinitiative und wird von wenigen kleineren Organisationen unterstützt, unter anderem dem Schweizerischen Fischereiverband, sowie Einzelpersonen.

Konsumentenschutz, diverse Umweltorganisationen und Einzelpersonen mit unterschiedlichen Parteienzugehörigkeiten.

Bei einer Annahme der Initiative würden nach Ablauf der Übergangsfrist von 8 Jahren nur noch diejenigen Landwirtschaftsbetriebe mit Direktzahlungen und Subventionen unterstützt, welche folgende Bedingungen erfüllen:

- Verzicht auf den Einsatz von Pestiziden, die bisher in der konventionellen Landwirtschaft eingesetzt werden
- Verzicht auf den prophylaktischen Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung
- Die Tierbestände sollen nur noch so gross sein, dass sie ohne Futtermittelimporte ernährt werden können.

Zusätzlich will die Trinkwasserinitiative den Bund verpflichten, die landwirtschaftliche Forschung, Beratung, Ausbildung und Investitionshilfen gezielt auf eine pestizidfreie Nahrungsproduktion auszurichten und in diese Sektoren zu investieren.

Sie fordert ein Verbot synthetischer Pestizide in der landwirtschaftlichen Produktion, in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und in der Boden- und Landschaftspflege. Gleichzeitig soll der Import von Lebensmitteln, die mit synthetischen Pestiziden hergestellt wurden oder diese enthalten, verboten werden. Für einen Ausstieg aus der Anwendung von Pestiziden sehen die Initianten eine Übergangsfrist von zehn Jahren vor.

Pro- und Kontraargumente zu den Initiativen

	Trinkwasserinitiative	Pestizidverbotsinitiative
PRO	– Einsatz von Pflanzenbehandlungs- & Schädlingsbekämpfungsmitteln ist bereits heute mit sehr hohen Kosten verbunden (Kauf & Einsatz der Mittel, Gesundheitskosten, Kosten wegen Ökosystemschäden, Regulierungskosten etc.) – Es besteht klarer Handlungsbedarf: Kleingewässer weisen bereits heute zu hohe Konzentrationen an Herbiziden, Fungiziden und Insektiziden auf. – Massnahmen, die im Rahmen der AP22+ hätten umgesetzt werden sollen, werden voraussichtlich	– Einsatz von Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmitteln ist bereits heute mit sehr hohen Kosten verbunden (Kauf & Einsatz der Mittel, Gesundheitskosten, Kosten wegen Ökosystemschäden, Regulierungskosten etc.) – Es besteht klarer Handlungsbedarf: Kleingewässer weisen bereits heute zu hohe Konzentrationen an Herbiziden, Fungiziden+Insektiziden auf.

	sistiert. Auch die Palv. 19.475 wird aller Voraussicht nach keinen tragfähigen Lösungsansatz bieten. – Förderbeiträge, die einen schädlichen Einfluss auf das Klima und die Umwelt haben, würden gekürzt und abgeschafft Annahme der Initiative würde einen Anreiz schaffen, Landwirtschaft nachhaltig und wirtschaftlicher zu gestalten. – Um eine Nahrungsmittelkalorie zu produzieren importiert die Schweizer Landwirtschaft zwei Kalorien, sodass eine Umlenkung der staatlichen Subventionen in eine pestizidfreie Lebensmittelproduktion die Auslandabhängigkeit der Schweiz reduzieren könnte. – Wegen der hohen Tierbestände, geben die Schweizer Landwirte im Schnitt pro Jahr bis zu 1.5 Mia. CHF für zugekaufte Futtermittel aus (sprich fast 30'000.- CHF pro Hof und Jahr) – Neue marktwirtschaftliche Chancen könnten realisiert werden & alternative Methoden zur Reduktion des Pestizideinsatzes in der Landwirtschaft sich besser durchsetzen (z.B. Züchtungen von krankheitsresistenten Sorten, optimierte Anbaumethoden um Nützlinge zu fördern, bessere Abstimmung von Fruchtfolgen oder die mechanische Entfernung von Unkraut).	– Massnahmen, die im Rahmen der AP22+ hätten umgesetzt werden sollen, werden voraussichtlich sistiert. Auch die Palv. 19.475 wird aller Voraussicht nach keinen tragfähigen Lösungen bieten. – Die Initiative verspricht eine (radikale) Umstrukturierung zu einer nachhaltigeren und wirtschaftlicheren Schweizer Landwirtschaft. – Neue marktwirtschaftliche Chancen könnten realisiert werden & alternative Methoden zur Reduktion des Pestizideinsatzes in der Landwirtschaft sich besser durchsetzen (z.B. Züchtungen von krankheitsresistenten Sorten, optimierte Anbaumethoden um Nützlinge zu fördern, bessere Abstimmung von Fruchtfolgen oder die mechanische Entfernung von Unkraut).
KONTRA	– Probleme sind erkannt, im Zusammenhang mit dem Aktionsplan Pflanzenschutz und der	– Probleme sind erkannt, im Zusammenhang mit dem Aktionsplan Pflanzenschutz und

	AP22+ sollen Massnahmen zur Verbesserung der Situation umgesetzt werden
	
	– Die Produktion von zahlreichen Lebensmitteln in der Schweiz würde eingeschränkt und die Importe erhöht werden. Dies könnte schädliche Folgen für die Ernährungssicherheit der Schweiz haben (u.a. wird Einkaufstourismus für Fleischprodukte ins Ausland befürchtet)
	
	– Annahme könnte die Schweiz abhängig vom Import von Nahrungsmitteln, die unter ungewissen Bedingungen produziert werden, machen.
		der AP22+ sollen Massnahmen zur Verbesserung der Situation umgesetzt werden
		
		– Weitrechende und Kontraproduktive Folgen für die Schweizer Landwirtschaft, Lebensmittelindustrie und Lebensmittelsicherheit, da:
		
		  – effiziente Hilfsmittel zum Schutz von landwirtschaftlichen Kulturen & Ernten fehlen
		  – und mit höheren Produktionskosten & teureren Lebensmittel zu rechnen wären, sodass Einkaufstourismus gefördert würde.

	Verfolgt einen liberalen Ansatz und setzt auf Anreize statt Verbote. Die Initiative sieht Übergangsfrist zur Umsetzung innert 8 Jahren vor.	Schafft Verbote im Pestizidgebrauch & fordert einen schrittweisen Ausstieg aus der Anwendung von Pestiziden innert 10 Jahren.
	JA zur Trinkwasserinitiative	**NEIN zur Pestizidverbotsinitiative**

Kontakt und Informationen

politik@swisscleantech.ch